

Lärmschutzgemeinschaft Flughafen Köln / Bonn e.V.

V.i.S.d.P.: Helmut Breidenbach
Köln,

Geschäftsstelle: Forststr. 141, 51107 Köln, T/F: 0221/865646

Pressemitteilung

Demonstration gegen Nachtfluglärm am Flughafen Köln/Bonn

Im Zuge einer bundesweiten Protestaktion gegen Fluglärm ruft die Lärmschutzgemeinschaft Flughafen Köln/Bonn gemeinsam mit anderen Vereinen, Parteien und Umweltverbänden auf zu einer

Groß-Demo am Flughafen Köln/Bonn

am Sa., 17. November um 14:00 Uhr, im Terminal 2

Seit 1997 wartet die Bevölkerung im Umfeld des Köln/Bonner Flughafens vergeblich darauf, dass die Politik die im Zuge der 1997 erteilten Verlängerung der Nachtflugregelung gemachten Zusagen zur Reduzierung des Nachtfluglärms umsetzt.

Statt der Einlösung gegebener Versprechen passierte genau das Gegenteil: Die letzte CDU-Landesregierung unter Jürgen Rüttgers verlängerte die bis 2015 befristete Lizenz vorzeitig bis zum Jahr 2030, und zwar unter bewusster Inkaufnahme der seit Jahren bekannten Risiken für die Gesundheit der vom Nachtfluglärm Betroffenen. Sie knickte damit vor dem Drängen des Flughafens ein und riskierte damit die gesundheitliche Gefährdung der Menschen im Umfeld des Flughafens. Spätestens mit der Veröffentlichung der vom Umweltbundesamt in Auftrag gegebenen Greiser-Studien war erwiesen, dass es im Umfeld von Köln/Bonn 270.000 Menschen mit einem erhöhten Erkrankungsgefahr (Bluthochdruck, Herz-/Kreislauf-erkrankungen) gibt.

Ein erneuter Anlauf zur Einführung eines nächtlichen Passagierflugverbots von 0-5 Uhr durch die rot/grüne Landesregierung zu Beginn des Jahres wurde zunächst durch den Bundesverkehrsminister blockiert, obwohl die juristischen Voraussetzungen für deren Einführung wasserfest sind. Was sich Minister Ramsauer herausnimmt, ist mehr als dreist. Letztendlich schadet er damit vor allem auch der Akzeptanz des Flughafens und dem Vertrauen in die Politik überhaupt.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ist aufgerufen, sich entschieden gegen die Einwände des Bundes zur Wehr zu setzen und ihr Wahlversprechen für die Einführung der nächtlichen Betriebsbeschränkung für Passagierflüge durchzusetzen.

Es kann nicht angehen, dass die Menschen sich nicht mehr auf die Entscheidungen von Parlamenten und die Ergebnisse von Abwägungsverfahren verlassen können und somit fortwährend betrogen werden. Wenn die Luftfahrtseite auf langfristige Planungssicherheit pocht, haben auch die hunderttausende von Nachtfluglärm betroffenen Anwohner das Recht auf Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebensraums.

Das jahrelange Taktieren und Lavieren der Politik in dieser Frage muss jetzt ein Ende haben. Immer mehr Bürger fordern daher die Verantwortlichen in Land und Bund auf, das grundgesetzlich verankerte Recht auf körperliche Unversehrtheit endlich ernst zu nehmen und die einseitige Bevorzugung der Flugbetriebslobby unverzüglich zu beenden!

Jetzt sind die Bürger aufgerufen, auch mit den Füßen darüber abzustimmen!

gez. Helmut Breidenbach, Vorsitzender